

FREIE SICHT



Reiner Eichenberger
Professor für Finanz- und
Wirtschaftspolitik an der Uni Freiburg

Homeoffice bringt nicht

Arbeitnehmende im Homeoffice brauchen zusätzlichen Wohnraum. Eine Familie mit zwei arbeitenden Erwachsenen braucht ein bis zwei Zimmer mehr. Der Einwand, man könne auch in der Küche arbeiten, ist mit moderner, ergonomischer Arbeitsplatzgestaltung unvereinbar. Marktkräfte, Gewerkschaften und der Staat werden dafür sorgen, dass die zusätzlichen Kosten für Räume, Möblierung, IT-Ausstattung und -Sicherheit von den Arbeitgebern getragen werden müssen.

Auch am Firmensitz steigen die Kosten. Die meisten Arbeitgeber möchten, dass die Mitarbeitenden an einigen Tagen pro Woche in der Firma arbeiten. Denn Innovation und Teambuilding funktionieren bei realem Kontakt besser als bei virtuellem. Wenn aber die Mitarbeitenden möglichst zeitgleich in der Firma sein sollen, kann dort kaum Platz gespart werden. Um sie aus dem Homeoffice in die Firma zu locken, müssen dort ihre Arbeitsplätze attraktiver und auch neue Begegnungsräume geschaffen werden. Beides kostet Geld.

«Manche werden bald eine zweite Stelle annehmen.»

Zugleich werden die Leistungen der Mitarbeitenden im Homeoffice längerfristig abnehmen. Eine hohe Arbeitsproduktivität ist auch eine Folge vieler kleiner Innovationen durch Mitarbeitende zur Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeitsabläufe. Solange sie in der Firma arbeiten, geben sie ihre Innovationen automatisch an ihre Mitarbeitenden weiter. Wenn sie aber viel im Homeoffice arbeiten, werden sie ihre arbeitsbeschleunigenden Innovationen möglichst geheim halten, denn sie erlauben es ihnen, weniger lange zu arbeiten und mehr Freizeit zu geniessen. Manche werden bald auch eine zweite Stelle annehmen. Für die Arbeitgeber ist es enorm schwierig zu kontrollieren, ob Mitarbeitende im Homeoffice exklusiv für sie arbeiten.

Zu guter Letzt werden die Steuern zu schlagen. Homeoffices sind Betriebsstätten. Das ist für die Firmengewinnsteuern sehr relevant. Gewinne werden in der Schweiz ja nicht einfach am Hauptsitz der Firma versteuert, sondern auf Betriebsstätten zerlegt und dort versteuert. Den Anfang der Steueransprüche machen wohl die Nachbarländer, die die Gewinnsteuern und Sozialabgaben für die Grenzgänger im Homeoffice einfordern werden. Danach werden bald die Wohnkantone und -gemeinden inländischer Mitarbeitender nach steuerlicher Abgeltung rufen. Für die Firmen zählt, wo sie Gewinnsteuern bezahlen. Mit der Gewinnerlegung auf Homeoffices sinkt ihre Bedeutung und Verhandlungsmacht in ihren Standortgemeinden und -kantonen, und die Steueroptimierung durch Standortwahl wird unterlaufen.

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Ökonom Klaus Wellershoff von Wellershoff & Partners sowie der «Handelszeitung»-Co-Chefredaktor Markus Diem Meier.